

Niemann, Jutta

Grüne

Wahlkreis 22

WAHLPRÜFSTEIN 1 Landwirtschaft- Fördern

Aussage:

Deutschland steht weltweit an dritter Stelle bei den Agrarexporten und auch Agrarimporten (lt. Umweltbundesamt, Daten zur Umwelt, 2018). Sich in diesem internationalen Handel zu behaupten spielt für die konventionelle Landwirtschaft eine übergeordnete Rolle. Unsere Hohenloher Landwirte können mit den niedrigen Weltmarktpreisen kaum mithalten. Immer höhere Erträge bei immer niedrigeren Preisen und begrenzten Flächen – das ist schlecht für die Bauern. Die Politik des „Wachsen oder Weichen“ – besonders vom Bauernverband propagiert – und die fragliche Subventionspolitik der EU, hat schon zu viele Landwirte zum „aufhören“ gezwungen oder in enorme Schuldenzwänge gebracht. Unsere Bauern erwarten vollkommen berechtigt klare und verlässliche Perspektiven!

Viele BürgerInnen wünschen sich gesunde Nahrungsmittel und zum Schutz der Umwelt eine Förderung der biologischen Landwirtschaft – auch zum Wohl der Landwirte.

Fakt:

Unsere Region „Nördlicher Landkreis SHA“ wird häufig als Keimzelle des biologisch-dynamischen und biologisch-organischen Anbaus in Deutschland bezeichnet. Viele der ältesten Demeter-Betriebe Deutschlands wirtschaften hier. Immer noch gibt es eine sehr große Dichte an Biobetrieben.

- Das erklärte Ziel der Bio-Musterregion ist: „Mehr Bio“ für und aus Baden-Württemberg bzw. für und aus unserer Region Hohenlohe.
- Das Ergebnis der bisherigen Agrarpolitik in Hohenlohe vor allem im nordöstlichen Teil des Landkreises SHA ist: enormes „Bauernsterben“, Bau zahlreicher Masttierställe für die industrielle Tierhaltung [bevorzugtes Bauen], extreme Tierdichte, Verschuldung, Landverknappung, massiver Anstieg der Pachtpreise, intensive Landnutzung, hoher Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln, Verlust von Kleinbiotopen, Hecken, Säumen, Brachflächen usw.

Fragen:

- (1) Wie stehen Sie zur Bio-Musterregion-Hohenlohe?
- (2) Woran fehlt es Ihrer Meinung nach, damit aus der „Bio-Musterregion“ eine „mustergültige Bio-Region“ wird? Durch welche Maßnahmen wollen Sie diese politisch fördern?
- (3) Wenn Sie es könnten: Wie würden Sie die Agrar-Subventionen an Ihre Hohenloher Bauern verteilen?
- (4) Wollen Sie sich dafür einsetzen, dass das Höfe-Sterben gestoppt wird?

Antwort:

- 1) Die Biomusterregionen sind ein weiterer wertvoller Schritt für mehr Öko-Landbau in Baden-Württemberg und damit für Artenvielfalt, Klimaschutz und Tierwohl. Sie sind ein konsequenter Schritt auf dem Weg, den Anteil der ökologischen Landwirtschaft wie beschlossen auf 30 bis 40 Prozent im Jahr 2030 zu erhöhen.
- 2) In einer zunehmend komplexen und technologisch vernetzten Gesellschaft spielt die enge Kooperation zwischen wissenschaftlicher Forschung an den Hochschulen und

gesellschaftlichen Akteur*innen für die Weiterentwicklung des Öko-Landbaus eine zentrale Rolle. Dies gilt es zu stärken.

- 3) Die Agrarsubventionen sollten generell und konsequent an Nachhaltigkeitskriterien ausgerichtet werden.
- 4) Ja, natürlich. Wir werden eine Strategie erarbeiten, um die Hofnachfolge vor allem auf kleineren und Nebenerwerbsbetrieben zu unterstützen – insbesondere durch Beratung. So wollen wir dem Höfesterben entgegenwirken.

WAHLPRÜFSTEIN 2

Landwirtschaft – wohin ?

Aussage:

Hohenlohe ist das baden-württembergische Zentrum der konventionellen, intensiven Landwirtschaft mit einer sehr hohen Tierdichte (Massentierhaltung), einer intensiven Landnutzung für Futtermittel und Energiepflanzen (Biogasanlagen) verbunden mit einem hohen Einsatz von chemischen Produktionsmitteln (Pestizide) und auch von chemisch-synthetischen Düngemitteln (Kunstdünger) sowie Gülle. Gülle aus der industriellen Massentierhaltung enthält oft Rückstände: Tierarzneimittel wie Antibiotika oder Wurmmittel, Multiresistente Keime, Metalle, Nitrat, Phosphat, Ammoniak. Dies stellt für unsere Hohenloher Umwelt eine enorme Belastung dar.

Fakt:

In einer Pressemitteilung des statistischen Landesamtes BW aus dem Jahr 2016 wird unser Landkreis SHA als die „Schweinehochburg“ des Landes Baden-Württemberg bezeichnet, auf den mehr als ein Fünftel des gesamten Schweinebestands entfällt (424.418 Schweine).

Der Landkreis SHA ist auch bei der Haltung von Geflügel Spitzenreiter: mehr als die Hälfte des „Sonstigen Geflügels“ in Baden-Württemberg wird bei uns gehalten (allein 659.985 Puten)!

Eine regionale Dominanz, die sich so bei keiner anderen Tierkategorie wiederholt.

Entscheidend gefordert beim Umbau unserer Landwirtschaft ist die Politik. Ohne konsequente Lenkungsmaßnahmen, die heute noch die „Massenfleischproduktion“ mit den bekannten ökologischen Negativeffekten begünstigen, sind kaum Veränderungen zu erwarten.

Frage:

- (5) Werden Sie sich politisch dafür einsetzen, dass die Tierzahlen pro Fläche reduziert werden?
- (6) In welche Richtung muss sich Ihrer Meinung nach die Landwirtschaft in Bezug auf Tierdichte, Ackerbau und Landschaftspflege hier in Hohenlohe entwickeln?

Antwort:

- 5) Wir wollen, dass Baden-Württemberg zum Vorreiter bei tiergerechter Landwirtschaft wird. Unser Motto heißt: Klasse statt Masse! Wenn wir Fleisch essen, dann von Tieren, die in der Region artgerecht aufwachsen, die Platz im Stall, Tageslicht und frische Luft haben.

Wir wollen Zweinutzungsrasen fördern und damit auch das Kükenschreddern und -vergären beenden. Einen Baustein bildet hier die Förderung von mobiler und Weideschlachtung. Unser Ziel ist eine Tierhaltung, bei der Geburt, Aufzucht und Schlachtung in der Region stattfinden. Landwirt*innen, die bereit sind, mehr in Tierschutz zu investieren oder intensive Tierhaltung zu reduzieren, wollen wir dabei unterstützen.

- 6) Eine Landwirtschaft, die Umweltauswirkungen, Tierwohl und genauso die auskömmliche Existenz der landwirtschaftlichen Betriebe zusammendenkt ist für uns Grüne schon immer eines unserer zentralen politischen Anliegen. Es braucht dazu auch eine eigene Tierschutzstrategie für Baden-Württemberg, die dann auch für Hohenlohe angewandt wird. Diese Strategie beinhaltet u.a. dass die Förderprogramme in der Landwirtschaft daran ausgerichtet werden sollen, dass eine Förderung nur erfolgt, wenn deutlich höhere Tierschutzstandards erfüllt werden.

WAHLPRÜFSTEIN 3

Hohenloher Luft

Aussage:

Nicht Baden-Württembergs Großstädte – nein – unser Landkreis Schwäbisch Hall hat die höchste Feinstaubbelastung (846 t/a) und auch die höchsten Gesamtstaub-Emissionen (1.289 t/a) im ganzen Land. Auch bei den Emissionen von Ammoniak (5.021 t/a) liegt unser Landkreis in BW ganz vorne. Dies sind leider keine Fake-News, sondern basieren auf dem am 31. Januar 2017 veröffentlichten Emissionskataster 2014 der staatlichen LUBW (Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg).

Fakt:

Als Ursache für diese unerwartet hohen Belastungen werden in allen Untersuchungen die „anthropogen beeinflussten biogenen Systeme“ genannt, also die Landwirtschaft und hier vor allem die Massentierhaltung, partiell auch die Biogas-Anlagen. Der Grund: Ammoniak-Ausgasungen aus Gülle verbinden sich in der Atmosphäre mit anderen Gasen und werden so zu Feinstaub.

Erschreckend ist dabei auch, dass neueste medizinische Forschungen aus den Jahren 2017/2020 (The Lancet, JAMA, Deutsches Ärzteblatt) nachgewiesen haben, dass mit einer erhöhten Feinstaubexposition neben des stark erhöhten Krebsrisikos auch ein Anstieg der Demenzerkrankungen und anderen neurodegenerativen Erkrankungen wie Morbus Parkinson assoziiert wird.

Frage:

- (7) Sehen Sie die Notwendigkeit die Belastungen der Luft zu verbessern?
Wenn „JA“ >> welche Maßnahmen schlagen Sie vor?

Antwort:

- 7) Bei der Feinstaubbelastung steht in Städten der KfZ-Verkehr im Vordergrund, auf dem Land und ganz sicher hier bei uns die Tierhaltung.
Dass auch Ammoniak einen erheblichen Anteil mit lokal hohen Konzentrationen an Feinstaubemissionen innehat, ist wenig bekannt.
Seit 10 Jahren bleiben die Ammoniakemissionen auf einem hohen Niveau, obgleich der Hauptemittent, die Nutztierhaltung mit organischer Düngung zurückgeht. Der gleichzeitige Anstieg der Emissionen etwa aus Gärresten von Biogasanlagen gleicht diesen Rückgang aus. Mit der neuen Düngeverordnung (DüV) wurden dieses Jahr bereits Akzente gesetzt, die in die richtige Richtung gehen und Rahmenbedingungen zur Emissionsminderung setzen. Klar ist aber, dass der Herausforderung der lokal noch immer hohen Emissionswerte weiterhin begegnet werden muss. Aus Perspektive der Emissionsminderung macht es daher Sinn, die Zahl der Nutztiere zu senken.
Darüberhinaus müssen Neuerungen zur Emissionsminderung konsequent umgesetzt werden.

WAHLPRÜFSTEIN 4

Wasser

Aussage:

„Wenn die Landwirtschaft nicht mit weniger Düngemitteln und Pestiziden auskommt, dann gibt es irreparable Schäden am Grundwasser ...“ Mit solch alarmierenden Aussagen rufen westeuropäische Wasserversorger aus 7 Ländern im Januar 2021 zu mehr Umweltschutz und einem radikalen Umsteuern vor allem in der konventionellen Landwirtschaft auf.

<https://www.swr.de/swr2/wissen/wasserversorger-warnen-unser-trinkwasser-ist-in-gefahr-100.html>

Auch hier in Hohenlohe werden die Probleme mit der Wasserqualität immer offensichtlicher. Wir beobachten eine immer stärkere Verunreinigung unsere Hohenloher Gewässer Jagst, Kocher, Blaubach und Brettach.

Durch die Intensiv- oder Massentierhaltung geraten Tierarzneimittel, Pestizide, Metalle und Nährstoffe in unsere Flüsse. Einmal in die Umwelt gelangt, bilden sich so regelrechte „Cocktails“ an Substanzen, die empfindliche Ökosysteme wie Flusslandschaften langfristig schädigen.

Zusätzlich ist auch der Klimawandel mit vermehrten Dürreperioden in Hohenlohe deutlich spürbar.

Fakt:

Schaumberge gehören inzwischen zum Alltag auf unseren Flüssen.

Die Artenvielfalt der Gewässer hat massiv abgenommen. Vor wenigen Jahren noch reichlich vorhandene Krebse und Muscheln sind in unseren Flüssen kaum noch zu finden.

Fragen:

(8) Sehen Sie die Notwendigkeit, hier in Hohenlohe etwas für eine Verbesserung der Wasserqualität zu tun?

Wenn „JA“ >> für welche Maßnahmen werden Sie sich konkret einsetzen?

(9) Haben Sie konkrete Vorschläge, das Problem des Wassermangels anzugehen?



Jagst bei Bächlingen vor Schloß Langenburg / © R. Ziegler

Antwort:

- 8) Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Beobachtung der Stoffe wie Quecksilber und einige sehr schwer abbaubare organische Stoffe zum Schutz und Erhalt der Gewässerökologie notwendig wird. Daneben erfordert die Belastung von Gewässern durch pharmazeutische und andere Spurenstoffe neue strategische Ansätze.
- 9) Wir fordern angesichts von Rekordhitze und Dürre einen Zukunftsplan zur Wasserversorgung in Deutschland. Die Bundesregierung ist hier gefordert, einen klaren rechtlichen Rahmen für ein nachhaltiges Wassermanagement zu schaffen.

WAHLPRÜFSTEIN 5

Erneuerbare Energien

Aussage:

Um die Klimaziele zu erreichen, besteht parteienübergreifender Konsens, dass die regenerativen Energien weiter ausgebaut werden müssen.

Fakt:

Der Landkreis SHA leistet bereits heute den größten Beitrag zur Energiewende in Baden-Württemberg:

- Mit 100 bestehenden Windrädern herrscht schon jetzt die größte Dichte im gesamten Südwesten und es sollen nun noch weitere Windräder errichtet werden – vermehrt auch in Staatswäldern.
- Es sollen auch vermehrt Grün- und Ackerflächen für Freiflächen-Photovoltaik geöffnet werden, obwohl Studien sagen, dass bislang nur 10% der Dachflächen zur Stromerzeugung genutzt werden. In Städten ist die Nutzung der Dachflächen zur Stromerzeugung sogar noch geringer.
- In Kupferzell ist ein Megabooster mit riesigen Speicherbatterien als größtes Pilotprojekt weltweit in direkter Siedlungsnähe geplant.

Fragen:

(10) Wie stehen Sie zu Windkraftanlagen im Wald?

(11) Halten Sie eine Verdichtung wie auf dem nebenstehenden Foto für Hohenlohe denkbar?
Wo ist für Sie die Obergrenze?

(12) Wie stehen Sie zum Ausbau der Freiflächen- bzw. Agro-Photovoltaik?

(13) Können Sie Kriterien nennen, die dabei berücksichtigt werden sollten?

(14) Wie stehen Sie zur Errichtung einer riesigen Speicherbatterie direkt am Wohngebiet?

(15) Sollten Ihrer Meinung nach Bürgerinnen bei der Umsetzung der Energiewende beteiligt werden, mitsprechen können und gehört werden?
Wenn „JA“ >> Wie?



Antwort:

10) Wir werden weiterhin Windkraft im Wald ermöglichen, indem wir verstärkt landeseigene Flächen im Wald für die Windkraft nutzen.

Um die Klimaziele zu erreichen, muss auch Baden-Württemberg die Windenergie ausbauen – auch im Wald. Um möglichst wenig Waldfläche für die Erschließung in Anspruch zu nehmen, sollten vor allem Flächen genutzt werden, die durch das Waldwegenetz bereits erschlossen sind. Zudem sind alle technischen Möglichkeiten zu nutzen, um die Anlagen möglichst naturschonend zu transportieren und zu errichten, etwa durch neue Krantechnologien. Darüber hinaus sind die Standorte in den

Höhenlagen sehr gründlich auf Konflikte mit dem Artenschutz zu prüfen, beispielsweise im Hinblick auf den Vogelzug.

Wenn für Windenergieanlagen Waldflächen gerodet werden, muss ein forstrechtlicher Ausgleich nach § 9 Landeswaldgesetz erfolgen. Es muss also an anderer Stelle neuer Wald entstehen. Zum weiteren naturverträglichen Ausbau der Windenergie haben Bündnis 90 / Die Grünen und der NABU gerade ein gemeinsames Arbeitspapier vorgestellt.

11) Wir möchten in Baden Württemberg regionale Ausbauziele für Erneuerbare Energien festlegen, jede Region muss ihren Beitrag zum notwendigen Ausbau der Erneuerbaren Energien leisten. Wichtig ist dabei, dass die Menschen auch vor Ort profitieren: Durch günstigen sauberen Strom und auch durch die Möglichkeit der direkten Beteiligung an den Anlagen. Es existieren strenge Richtlinien für die Genehmigung von Windparks.

12) Freifläche Photovoltaik ist ein wichtiger Baustein der Energiewende : Richtig angelegt produzieren sie sauberen Strom und können die Biodiversität erhöhen.

Auch Agrar-Photovoltaik wollen wir weiter voranbringen, so dass auf derselben Fläche Lebensmittel und saubere Energie erzeugt werden kann. Eine regionale Planung ist da sinnvoll, außerdem müssen Verfahren beschleunigt werden.

13) Natürlich setzen wir bei einer Umsetzung auf einen engen Dialog mit den landwirtschaftlichen Akteur*innen.

Ressourceneffiziente Landnutzung durch Agrophotovoltaik kann eine win-win-Situation für Landwirtschaft und Energiewirtschaft werden.

14) Ein transparentes Verfahren in der Planung für den Netzbooster und eine Beteiligung der Bürger*innen ist mir ein zentrales Anliegen.

Die Energiewende braucht neue Technologien und Elemente zur Netzstabilisierung. Für eine erfolgreiche Energiewende brauchen wir im relativ stromarmen Baden-Württemberg neuartige Infrastrukturen. Der Netzbooster kann sinnvoll sein, um das Netz besser auslasten zu können. So könnten eine zusätzliche Stromleitung und auch weitere Flächeninanspruchnahme verhindert ebenso wie Kosten gespart werden". Vom Grundsatz her sei es eine bekannte und ungefährliche Technik. Ich erwarte, dass gesundheitliche und Sicherheitsaspekte besonders berücksichtigt werden. Dies gilt insbesondere für ein gutes Brandschutzkonzept sowie das Thema der Abstandsregeln zu Wohnbebauung.

15) Ich unterstütze die Bürgerbeteiligung, da Demokratie von Mitbestimmung lebt.

Transparenz und Bürgerbeteiligung sind für die künftige Akzeptanz der Energiewende von besonderer Bedeutung, da neue, dezentrale Energieinfrastrukturen wie Stromnetze oder Windenergieanlagen vor Ort sichtbar werden. Bei der Umsetzung der Energiewende sind wir mehr und mehr auf die Unterstützung aller Akteure angewiesen. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig informieren, ihre Mitwirkung ermöglichen und das Konfliktmanagement stärken. Energiewende muss gegenüber der Öffentlichkeit erklärt, für sie muss geworben werden. Erklärung und Vermittlung der

komplexen Zusammenhänge müssen in den Kontext der aktuellen Herausforderungen gestellt werden. Wir wollen ausserdem explizit die Möglichkeit von Bürgerenergieprojekten wieder besser fördern. Die Bundesregierung hat dafür im neuen EEG-Gesetz zu große bürokratische Hürden eingebaut.

WAHLPRÜFSTEIN 6

Gentechnik

Aussage:

Die Versprechen der Agrarkonzerne, dass der Einsatz von gentechnisch manipulierten Pflanzen die Erträge auf den Feldern steigern, den Hunger in der Dritten Welt bekämpfen und Pflanzenschutz nahezu überflüssig machen soll, sind verführerisch, ebenso wie Aussagen, dass innovative gentechnologische Verfahren wie die CRISPR/CAS9-Methode große Chancen eröffnen im Hinblick auf Anwendungsmöglichkeiten insbesondere im Bereich der Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen, der Landwirtschaft und der Umwelt.

Fakt:

In der „Naturbewusstseinsstudie 2019“ des Bundesamtes für Naturschutz sprechen sich 81 Prozent der Befragten für ein Verbot von gentechnisch veränderten Organismen in der Landwirtschaft aus. Solche Lebensmittel wären in Deutschland folglich weiterhin schlecht verkäuflich.

Die Versprechen, mit gentechnisch veränderten Pflanzen höhere Erträge und weniger Chemie auf den Äckern zu haben oder gar den Hunger zu bekämpfen, haben sich nicht erfüllt. Stattdessen müssen z.T. sogar erheblich mehr Spritzmittel eingesetzt werden. Auch die Entwicklung von Resistenzen bei Beikräutern und Insekten beschleunigt sich. Sogenannte "Nichtzielorganismen" werden gefährdet, die Artenvielfalt im Agrarraum wird weiter reduziert.

Die Ausbreitung transgener Pflanzen allerdings lässt sich nicht begrenzen – denn sind sie einmal in die Umwelt gelangt, verbleiben sie dort für immer.

Frage:

- (16) Wie stehen Sie zum Einsatz von Gentechnik mit dem Ziel, die Effektivität der Landwirtschaft zu verbessern?
- (17) Werden Sie sich politisch dafür einsetzen, dass in Baden-Württemberg keine genveränderten Pflanzen angebaut werden?
- (18) Wie stufen Sie CRISPR/ CaS 9 Pflanzen diesbezüglich ein?
- (19) Werden Sie eine Kennzeichnung von genveränderten Lebensmitteln einfordern?

Antwort:

- 16) Wir halten Baden-Württemberg gentechnikfrei. Wir nutzen konsequent alle landespolitischen Spielräume, um Baden-Württemberg gentechnikfrei zu halten. Neue gentechnische Verfahren müssen – wie alle anderen Technologien auch – mit Blick auf ihre Chancen, Risiken und ökologischen sowie sozioökonomischen Folgen umfassend auf wissenschaftlicher Grundlage bewertet werden. Wir halten bei den neuen gentechnischen Methoden am strengen Zulassungsverfahren und am europäisch verankerten Vorsorgeprinzip fest. So hat es auch der Europäische Gerichtshof 2018 bestätigt.
- 17) Die Zulassung und Freisetzung von Gene-Drive-Organismen lehnen wir wegen der enormen ökologischen Tragweite und generellen Unumkehrbarkeit grundsätzlich ab. Wir unterstützen ein weltweites Moratorium der Freisetzung von Gene-Drive-Organismen.
- 18) Wir setzen uns auf allen Ebenen für eine nachhaltige Landwirtschaft ein, die auf Vielfalt, Resilienz und Schonung unserer natürlichen Ressourcen baut. Mit der neuen Gentechnik

sind weitere Methoden verfügbar geworden, deren Anwendungsfolgen sich nicht hinreichend abschätzen lassen. Unabhängig davon, wie man zu den Chancen der Neuen Gentechnik steht, ist für uns klar:

-es gilt das Vorsorgeprinzip;

-alle Risiken für Mensch und Umwelt müssen bei der Anwendung so weit wie möglichausgeschlossen werden;

-es müssen daher weiterhin auf EU- und nationaler Ebene die derzeit geltenden Überprüfungen und Regulierungen als Mindeststandard für alle Anwendungen im offenen System und für Freisetzungen gelten;

-Transparenz und das „Recht auf Wissen, was drin ist“ sind für uns hohe Güter, daher gehören gentechnisch veränderte Produkte lückenlos gekennzeichnet.

- 19) Gesunde Lebensmittel – regional erzeugt und klar gekennzeichnet: Im Bund wollen wir eine Initiative „Verlässliche Lebensmittelkennzeichnung“ auf den Weg bringen. Es braucht eine Kennzeichnung, die gesetzlich verpflichtend ist und Produkteigenschaften wie Tierhaltung, Regionalität, vegetarisch, vegan oder fair umfasst. Nur so können die Verbraucher*innen die Herstellungsbedingungen unterstützen, die sie sich wünschen.

WAHLPRÜFSTEIN 7

Biodiversität

Aussage:

Der Weltbiodiversitätsrat (IPBES / 455 Autoren aus 50 Ländern) hat 2019 in einer Studie veröffentlicht, dass der fortschreitende Verlust der Biodiversität inzwischen ein Ausmaß erreicht hat, dass die Existenzgrundlagen von Menschen gefährdet.

Fakt:

Wissenschaftliche Zählungen zeigen, dass das Artensterben noch viel dramatischer ausfällt als befürchtet. Lt. IPBES ist damit zu rechnen, dass rund 1 Million Tier- und Pflanzenarten innerhalb der nächsten Jahrzehnte aussterben werden – mehr als je zuvor in der Geschichte der Menschheit.

Auch die baden-württembergische Studie der Forschungsstation Randecker Maar (Kirchheim/Teck) hat einen Rückgang der wandernden Insekten auf der Schwäbischen Alb von dramatischen 97 Prozent ergeben (Quelle: Pressemitteilung des Landes Baden-Württemberg vom 29.10.2020).

Fragen:

- (20) Was halten Sie davon, Ergebnisse der Flurbereinigung teilweise wieder rückgängig zu machen, indem Kleinbiotope (Hecken, Sträucher, Mäanderbäche) in landwirtschaftlichen Flächen wieder reaktiviert werden, obwohl dies natürlich auch eine Reduzierung der Anbaufläche mit sich bringt?
- (21) Werden Sie die beschlossenen Maßnahmen des Biodiversitätsstärkungsgesetz weiter umsetzen?

Antwort:

- 20) Durch die Zusammenarbeit mit dem Naturschutz werden bei heutigen Flurbereinigungen Rücksicht auf Landschaft, Flora und Fauna genommen, so dass ein für alle Beteiligten tragfähiges Konzept erarbeitet wird.
- 21) Mit dem Biodiversitätsgesetz setzt sich Baden-Württemberg an die Spitze aller Bundesländer beim Arten- und Naturschutz. Die beschlossenen Maßnahmen sollen weiter umgesetzt werden.